

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

09.03.2016

Pressemitteilung Nr. 17/738

Brunotte: Die freien Wohlfahrtsverbände brauchen Schutz vor neoliberalen Markt

Die SPD will in der Regierungskoalition die Wohlfahrtsverbände weiterhin vor neoliberalen Marktbedingungen schützen: „Deshalb haben wir mit Wirkung vom 1. Januar 2015 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet“, erklärt dazu der SPD-Landtagsangeordnete Marco Brunotte. Die Verbände – Arbeiterwohlfahrt, Caritas, DRK, Diakonie, die Paritäten und die Jüdische Wohlfahrt – haben seit vielen Jahrzehnten gewachsene Strukturen, die dem Gemeinwohl dienen.

„Die vorrangige Wahrnehmung sozialstaatlicher Aufgaben durch Wohlfahrtsverbände und freie Träger im Rahmen des grundgesetzlichen Subsidiaritätsprinzips hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Wollte der Staat diese Aufgaben selber erfüllen, müsste er erheblich mehr Mittel in die Hand nehmen und trotzdem würden ohne die 500.000 ehrenamtlichen Kräfte ganze Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge zusammenbrechen.“

Mit 6.000 Einrichtungen, 300.000 hauptamtlichen und 500.000 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und Mitgliedern seien die Verbände in Niedersachsen eine wichtige Säule. „Das sind Strukturen, die es zu erhalten gilt. Deshalb hat die Rot-

Grüne Regierungskoalition seit der Regierungsübernahme erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Vergabe von Zuschüssen aus Lotto-Mitteln geschaffen“, betont Brunotte.

Zudem sei mit dem Gesetz eine Veröffentlichungspflicht durch die Landesregierung beschlossen worden. Brunotte: „Das hat die CDU/FDP-Vorgängerregierung bis dato hinter verschlossenen Türen gehalten. Insofern freut uns als Sozialdemokraten die späte Erkenntnis der Liberalen, dass ihre Praxis in der Vergangenheit rechtswidrig und verantwortungslos war. Genau deshalb haben SPD, Grüne und CDU das mit der Zustimmung zum Wohlfahrtsfördergesetz geändert.“

„Die freien Wohlfahrtsverbände leisten eine unersetzliche Arbeit für die Menschen in unserem Land. Sie haben unsere volle Unterstützung verdient.“